

Rebraziger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Rebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen
"Das Leben im Bild" und "Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck- und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Rebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22532

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenamt 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Rebra — Bankverein Atern.

Nr. 53

Sonnabend, den 3. Juli 1926.

39. Jahrgang.

Marx will das Sperrgesetz zurückziehen.

Der Reichstag trat in die erste Beratung der Vorlage ein, durch die das Sperrgesetz für die Auswanderungsprozesse mit den Fährtenfahrern bis zum 31. Dezember 1926 verlängert werden soll.

Reichsfinanzler Dr. Marx

erklärte, daß aus der Einbringung dieses Gesetzesverweises keine Schlüsse dahin gezogen werden dürfen, als sei die Verlängerung der Reichsregierung über die absehbare Erledigung des Auswanderungsgesetzes eine Wablung eingetreten. Die Reichsregierung sei vielmehr nach wie vor entschlossen, diese Frage nach und nach in der richtigen Weise zu bringen. Die Sprache war, daß die zu erwartende Entscheidung aus dem Reichstag mit der erforderlichen Mehrheit von der Regierung übernommen werden würde. Auch wenn dieser Erwartung entgegenkäme, sei die Verabschiedung des Sperrgesetzes aus praktischen Gründen notwendig. Sollte sich die Erwartung der Regierung nicht erfüllen, so lege sie auf die Verabschiedung des Sperrgesetzes keinen Wert. (Hört, hört.)

Seine Rede wurde die Vorlage in erster und zweiter Beratung angenommen, der sofortigen Verabschiedung des Reichs, wobei sich Reichsfinanzler Dr. Marx als Gegenredner.

Der Haushaltsausschuß stellte zu der Frage der Verabschiedung des Auswanderungsgesetzes folgenden Antrag: Die Regierung wolle Mittel bereitstellen, um den Schiffsbau, die eine einschlägigen Staatlichen Schiffbau mit einem Grundbetrag von mehr als 200 000 Mark erlösen sollen und unterstellt sind, über den Rahmen der Mittel für den Schiffbau hinaus Darlehen zum Zwecke des Wiederkaufes zu gewähren, sofern die von den deutschen Schiffbauern nicht selbst ein besonders wichtiger wirtschaftlicher Zweck an ihm besteht.

Marx Drohungen.

Die Erklärungen des Reichsfinanzlers über die etwaige Zurückziehung des Sperrgesetzes beim Schließen des Reichstagskommittes hat Reichsfinanzminister Dr. Marx im Reichstag beantwortet. Er erklärte, daß die Regierung entschlossen sei, jedes Mittel und jeden ihr möglichen parlamentarischen Druck auszunutzen, um das Sperrgesetz zur Annahme zu bringen.

Aber das sogenannte "Sperrgesetz" ist nach zu sagen: Der Reichstag hat im Februar dieses Jahres ein Gesetz geschaffen, wonach die Reichsregierung über die Auswanderung mit dem ebenfalls geltenden Auswanderungsgesetz auszuweisen sind, und zwar bis zum 30. Juni 1926. Dieser Termin ist abgelaufen und die Regierung beantragt, mit Zustimmung des Reichstags, die bereits vor einer Woche erfolgt ist, die Verlängerung der Ausweisung der Reichsregierung bis zum 31. Dezember 1926. Die Vertreter der Regierungsparteien haben beschlossen, die dritte Sitzung des Reichstags über die Verabschiedung des eigentlichen Auswanderungsgesetzes vorzunehmen zu lassen. Man will erst den Ausgang der Abstimmung über das Sperrgesetz abwarten, ehe man den Termin des sogenannten Sperrgesetzes verlängert. Würde das Sperrgesetz zurückgezogen werden, so könnten die Parteien ihre Auseinandersetzungen mit dem Reichstag wieder auf dem ordentlichen Reichsweg weiterführen. Dieser Reichstag würde vor allem den Sozialdemokraten unangenehm sein und so dürften die Drohungen des Reichsfinanzlers vor allem den Sozialdemokraten gelten, die hierdurch gezwungen werden sollen, ihren Widerstand gegen das Auswanderungsgesetz aufzugeben und so dem Gesetz zur Verabschiedung zu verhelfen. Die deutsche nationale Reichstagsfraktion hält nach wie vor an ihrer schon oft abgelehnten Haltung zum Sperrgesetz fest.

Abbau der Befähigung.

Verhandlungen in Paris.

Von offizieller deutscher Seite ist in den letzten Tagen in der Frage der Verabredung der Befähigungsgruppen eine neue Wendung im Pariser Auswärtigen Amt unternommen worden. Im Zusammenhang damit stand auch ein Besuch des deutschen Botschafters von Joseph bei Briand, der sich neben dem offiziellen Antrittsbesuch bei dem neuen Ministerium auch mit diesen Fragen beschäftigte. Wie in Pariser diplomatischen Kreisen berichtet, ist von der deutschen Regierung auf den Zusammenhängen zwischen der Frage der Befähigungsgruppen und den Handelsvertragsverhandlungen, insbesondere auf das von der französischen Regierung gewünschte provisorische Abkommen hingewiesen worden.

Getreide- und Fleischversorgung.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Der deutsche Landwirt sieht sich vor der bangen Frage, daß im Herbst dieses Jahres genügend Weizen für die Winterernte zur Verfügung sein werden. Ein guter Teil der Hoffnungen beruht, die er auf die Früchte seines Schweißes setzt. Nicht bloß dort, wo das Schilf wächst, ist über die Heiler ergötzt, sind die Hoffnungen verflüchtigt, sondern auch fast in ganz Deutschland hat der un-

terbrochen herabkommende Regen den Ertrag der Ernte zu einem sehr geringen gemacht. Aber auch die Hoffnungen, die der deutsche Landwirt auf eine Milderung der Ernte hat, setzen sich deutlich genug in der weitverbreiteten Frage im Kreise des Reichsbankpräsidenten im Hintergrund, daß die landwirtschaftlichen Hoffnungen in der Frage kommenden Kreditlimiten erfüllt werden können.

Dazu kommt nun ein Drittes: Am 1. August dieses Jahres, also zu einem Zeitpunkt, da die deutsche Ernte bereits zu werden beginnt, sollte die Erhebung der Ernteerträge auf Getreide jeder Art eintreten. Die Landwirtschaft war sich aber immer dessen bewußt, daß es sich hier um autonome Zölle handelte, daß das Volksgesetz der Regierung die Möglichkeit gab, diese Zölle über diese ganze Angelegenheit für zu werden, was natürlich auch die Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Ländern wesentlich beeinflusst werden mußten durch die Art, wie wir Schweden gegenüber die Frage der Zölle behandeln. Bisher haben wir allerdings noch mit keinem Lande einen Handelsvertrag abgeschlossen, das hinsichtlich der Zölle für uns von Bedeutung ist; anders aber wird die Sache, wenn wir erst in Verhandlungen mit Rumänien und Polen eintreten. Dann wäre damit zu rechnen, daß wir diesen Ländern kaum einen höheren Zollsatz auf ihr Exportgetreide zumuten können, als wir das an anderer Stelle, also hier Schweden gegenüber, tun.

Es ist nun vereinbart worden, daß als autonomer Zoll auf Roggen 5 Mark und auf Weizen 5,50 Mark festgesetzt werden soll. Doch mit der ausländischen Meinung, daß dies hierher keineswegs um einen Mindestzoll handelt, sondern daß auch Schweden gegenüber der Mindestzoll um 5 Mark zu steigen ist, wird die Zölle für Getreide festgesetzt werden, wenn wir den Zölle für Getreide festsetzen. Außerdem soll nun eine Differenzierung des Zolles auf Branntwein und Futtermittel erfolgen, in dem Sinne, daß der für Branntwein auf 10 Mark herabgesetzt wird, jedoch soll auch der Zollsatz für Futtermittel keineswegs einen Mindestzoll darstellen, sondern gleichfalls bei den Handelsvertragsverhandlungen herabgesetzt werden können. Außerdem soll die Zölle für Mais auf 3,20 Mark ermäßigt werden, die für Schmalz festzusetzen auf 21 Mark und unterdessen werden die Zölle für Speck und Schmalz, für Fleisch und Margarineerzeugnisse befreit werden.

Wenn auch die Herabsetzung des Zolles für Futtermittel die Abklärung des Viehpriesters einen Teil der deutschen Landwirtschaft findet, so haben doch viele Beschlüsse der Regierungsparteien und der Sozialdemokratie den Wert unserer autonomen Handelszölle als Austauschobjekt bei den Handelsvertragsverhandlungen wohl etwas herabgesetzt, weil die in Frage kommenden Länder nun vorzuziehen sind, so haben doch viele Länder verlassen. Vor allem aber wird der Streit um die Zölle aufgerollt werden, ob wir überhaupt genügenden Zollsatz für die Agrarprodukte haben, wenn die Zölle durch die Regierung herabgesetzt werden können. Der Preis für das Getreide hat jetzt, als unmittelbar vor der neuen Ernte, gerade die Preisobergrenze erreicht, entspricht also nicht den geteuersten Produktionskosten. Das gleiche gilt für die Viehpreise. Es ist nämlich vereinbart worden, daß das zollfreie Getreidekontingent erweitert werden soll, und zwar von 80 auf 120 000 Tonnen pro Jahr. Das wird in der Landwirtschaft auf Überfluß stehen. Es liegt ein innerer Widerspruch darin: auf der einen Seite erhöht man das Kontingent für die Getreideerzeugung und auf der anderen Seite will man durch Ermäßigung des Zolles auf Futtermittel den Viehpriestern gerade der kleineren und mittleren Landwirte dienen. Daher wird diese Vereinbarung keineswegs ungeheuren Beifall in den Kreisen der Landwirtschaft finden.

Die Verführung in Spanien.

Das Komplotz gegen das spanische Königspar. Pariser Zeitungsmeldungen zufolge läßt das Direktorat weiter Verhandlungen und Beratungen vornehmen. Mehr als 400 Militärsprecher befinden sich in Paris, darunter auch mehrere Generale. Da das Direktorat von der Arme im Stich gelassen worden ist, hält es sich nunmehr an die Hand der spanischen Regierung an. Die letzten Ereignisse tiefen in Spanien eine harte Erregung hervor und aus Spanien kommende Meldungen bezeugen, daß das Land am Vorabend tieferer unruhiger Verhältnisse stehen würde. Die Zensur lasse unparteiische Berichte über die Ereignisse nicht zu.

"Matin" gibt Entwürfen über die Aufdeckung des Komplots, das gegen das spanische Königspar gerichtet gewesen sein soll und das Pariser Polizei am vorigen Freitag, also einen Tag vor der Ankunft des Königs-

paars, habe aufdecken können. Aus der eingehenden Schilderung des Mordes ergibt sich, daß fünf Personen Anfang Mai in Oberbayern mit einem aus Argentinien kommenden Zerstörer eingetroffen seien. Der Zerstörer war bekanntlich, daß die gezeichneten der Reife des spanischen Königspar einen Anschlag verüben würden. Die Polizei verfolgte am vergangenen Freitag zwei von ihnen, wobei sich herausstellte, daß es sich um zwei bekannte Anarchisten handelte. Beide sollen in Argentinien in die Zerstörer mit sich genommen haben. Bei dem polizeilichen Verhör hätten sie eingestanden, daß sie nach Paris gekommen seien, um König Alfonso zu töten. Den übrigen drei Verächtlichen sei es gelungen, zu fliehen. Dem König von Spanien ist bis zu seiner Abreise die Angelegenheit verheimlicht worden.

Englands Luftmarschall in Berlin.

In Berlin traf der englische Direktor der Zivilfliegerei, Sir Weston Branter, ein, der unter dem Titel "Luftmarschall" Mitglied des britischen Luftministeriums ist. Er kam aus Stockholm, wo Platz mit einem deutschen Flugzeug und wurde von höheren Beamten des Reichsluftministeriums empfangen und begrüßt.



Sir Weston Branter.

Sir Weston Branter, der sich auf einer Urlaubsreise befindet, nahm zwar Gelegenheit, in Berlin Informationen über den kommenden deutsch-englischen Luftverkehrsvertrag zu sammeln, dagegen führte er selbstverständlich keine offiziellen Verhandlungen. Von Berlin führt ihn die Reife, ebenfalls im Flugzeug, nach Zürich zurück.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Reichspräsident an die Königin der Niederlande.

Anlaßlich des Besuches des holländischen Gesandten in Kiel hat der Reichspräsident an die Königin der Niederlande folgendes Telegramm gerichtet: "Der Besuch des niederländischen Gesandten in Kiel wurde in ganz Deutschland aufs freudigste begrüßt. Ein Wunsch, der sich zugleich mit dem Ausdruck meines Dankes für die Entsendung der prächtigen Schiffe meine Glückwünsche zu dem vorzüglichen Einbruch, den das Geschwader und seine Besatzung gemacht haben, zu übermitteln." Die deutschen Architekten zum Reichschemma.

Der Bundesrat deutscher Architekten in Düsseldorf, der von 400 Architekten aus allen Teilen des Reiches besteht, hat in der Frage der Erledigung des Reichschemmas eine einstimmige Entscheidung angenommen. In der Sache besteht: Der Bundesrat deutscher Architekten ist der Meinung, daß für die Platzfrage in erster Linie künstlerische Momente maßgebend sein müssen, für deren Verwirklichung Maler, Bildhauer und Architekten als die hierzu Berufenen in Frage kommen. Der Bund deutscher Architekten spricht die bestimmte Erwartung aus, daß wenn Vertreter der Malerei und Plastik auch der Bund deutscher Architekten als berufliche Organisation deutscher Künstler entscheidenden Einfluß auf die Platz- und Bauhaltungsfrage des Ehrenmals erhalte.

Frankreich.

× Rundgebung gegen die Brotverwertung in Frankreich. Aus ganz Frankreich werden Rundgebungen im Zusammenhang mit der Verwertung des Brotpreises gemeldet. In Paris ist es zu Aufstößen gekommen und zu einem schweren Konflikt zwischen der Zentralverwaltung und den Behörden. Die Zentralverwaltung sollte den Brotpreis für das Kilogramm auf 2,30 Frank festlegen, während die Bäcker 2,40 Frank verlangten. Ähnliche Vorfälle sind in vielen Städten gemeldet, wobei die Städtebehörden ausfindende Bestimmungen an die Bevölkerung durch die Militärbehörden verteilen. Im Departement Gironde hat der Staat durch eine besondere Verordnung eine Entzung des Brotpreises herbeiführen müssen, um Rundgebungen seitens der Bevölkerung vorzubeugen.

Aus- und Ausland.

Berlin. Reichsfinanzler Dr. Dr. Sauer tritt am 26. Juli eine mehrtägige Reise nach Südamerika an. Begleitet werden ihn Dr. Sauer auf seiner Reise nach Südamerika zurück, um alsbald eine zweite Reise nach Ostasien anzutreten.

Berlin. Im Reichsluftministerium für Ernährung und Landwirtschaft verabschiedete sich der kürzlich von seinem Amt

Vom Schenkentönnen.

Schenken können... man meint wohl, das sei ja so leicht, das bedürfe wohl weiter keiner Worte und Uebereinigungen. — Und doch... schenken können ist eine Kunst und nur sehr wenige Menschen gibt es, die sie wirklich beherrschen. Sie fordert ein feines und lüdes Versehen, ein Eingehen auf die kleinen Züge des Andern, die nicht offen zu Tage liegen, ein Sich-Selbst-Juristisches und nur im Geiste des Andern handeln. Schenken können muß nicht um große Dinge gehen, gerade in den kleinen und kleinsten zeigt es sich viel eher, wer die große Kunst beherrscht, als sich heraus beherzigt und wer nur angelehrt hat. Doch nicht nur das Schenken ist eine Kunst, auch das Beschenke nehmen... Freilich hängt es eng mit dem Beschenke geben zusammen. Wo sich der Empfänger eines Gabes dem Gebenden „verpflichtet“ fühlt, wie man sagt, da ist der feinste und wertvollste Hauch des Schenkens verfliegen oder nie dagewesen. Da ist ein Riß in der Freude, da ist leicht, so leicht, etwas Besorgenes und Unwohlens in der lobenbar erhellenden Uebereinsicht und Freude des Beschenke. Und der sein empfindende Geber fühlt das gut.

Um dieses zerlösende Moment von vornherein auszuweichen, sollte eigentlich ein Schenken irgendwelcher Dinge nur zwischen sich ganz nahebeieinander stehenden Leuten und nur zwischen solchen Menschen, deren Geschenk dann gleichzeitig viele warme, ungeprochene Worte umfaßt, und die aus ihrem inneren Verbundenheit heraus nehmen und geben können — ohne Bedenken, ohne Grübeln und ohne Gefühl der Verpflichtung. Dann hätte das Schenken wieder einen Sinn und Schönheit und Sprache, dann hätte jede Gabe ihre Bedeutung, während in unseren Zeiten Geschenke, seien es nun Bücher oder Blumen oder freundliche Worte, in den meisten Fällen nichts als eine äußere Form sind, die gar keinen tiefsten Wert zu haben braucht.

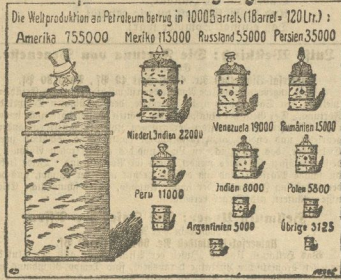
Wie wenig Kultur haben doch die meisten Schenkenden — und sei es auch beim Auswählen der Gaben für die nächsten Menschen. Es ist so oft nur die lästige Pflicht, die möglichst schnell erledigt wird, auf die man möglichst wenig Gedanken verwendet, um sie bald hinter sich zu lassen. Man geht in den Laden, man fordert irgend etwas, ob es zu dem Andern paßt, ob es ihn erfreut — das ist oft so gleich. Niemand sollte man das Auswählen eines Geschenkes für einen nachschenden Menschen einem anderen überlassen, denn nie kann ein anderer wirklich noch und ganz prüfen und wägen, was wir einem aus Nachschenden schenken wollen.

Nicht in der Größe eines Geschenkes liegt kein Wert, sondern in den Gedanken, die dahinterstehen. Schenken wir uns wieder eine innerliche Kultur des Schenkens und viel feine und wertvolle — jetzt verhässliche — Quellen der Freude bringen wir uns und Andern ins Leben.

Sonderbarer Kognak.

— In einem Abteil der Eisenbahn irrt sich ein Reisender aus Berlin lang in die Fensterreihe und versucht zu schlummern. Auf der nächsten Station, die in Sachsen liegt, steigt ein Mann mit einem Henkelkorb ein. „Guten Morgen“, „Guten Abend“, „Ach, mei gutes Herrchen, Sie erlauben doch, daß ich mich stören in das Netz über Ihren Kopf stelle. Ich müchtes nämlich nich aus den Ohren verlieren und würe mich selber in de andere Ecke sehen. — So, na, nu laß'n Sie sich nich weiter stören. Ich würe och ein Bischen schlafen“. Der Zug rattert weiter. Da mit einem Mal merkt der Berliner, daß es auf seinen Kopf tropft. Er sagt sich, das muß aus dem Korbe kommen, und weckt den Schenken. „Ah, Herr Nachbar, in Ihrem Korbe muß wohl eine Flasche Kognak verbott sein. Mit tropis immer auf den Kopf! Sehn Sie doch mal nach!“ Der Sachse reißt sich die Augen und lacht: „Ach, nei, mei Guter, das is kee Kognak nich. In dem Korbe have ich Sie nämlich ee kleines junges Hundchen — wüß der Kuckuck, was das Luderchen fabriziert hat“. Mainz.

Die Weltpetroleumzeugung 1925.



Ata putzt und reinigt alles!
Henkel's Scheuermittel

Horoskope aller Art
Feinste Feinbäcklinge, Matjesheringe, Feinste neue launere Gurken empfiehlt Wwe. Meitz.

Bekanntmachung. Polizei-Verordnung.

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. 195), des § 8 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. 256) und des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 (G. S. 230) wird für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg vordringlich der Zustimmung des Reichsausschusses folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Das Betreten der Felder außerhalb der öffentlichen Kommunikationswegs ist in den Monaten Mai, Juni, Juli, August in der Zeit vom Einbruch der Dunkelheit frühestens von 9 Uhr abends an bis zum Tagesanbruch, frühestens 4 Uhr und in den übrigen Monaten frühestens von 8 Uhr abends an bis zum Tagesanbruch, frühestens 5 Uhr verboten.

§ 2. Jede Uebertretung der vorstehenden Bestimmungen wird, soweit nicht nach allgemeinen Bestimmungen eine höhere Strafe verurteilt ist, mit einer Geldstrafe von 60,— Mk., im Ueberrückensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 3. Die Polizeiverordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. Merseburg, den 14. Juni 1926.
Der Regierungs-Präsident.

Wird veröffentlicht.
Nebra, den 1. Juli 1926.
Die Polizeiverwaltung. J. B. Senfel.

Bekanntmachung.

Für die drei Sonntage, 11., 18., und 25. Juli dieses Jrs., ist verlängerte Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe und zwar von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr vormittags und von 12 bis 6 Uhr nachmittags gestattet.

Nebra, den 30. Juni 1926.
Die Polizeiverwaltung. J. B. Senfel.

Bekanntmachung.

Die gefällige Miete beträgt ab 1. Juli d. Jrs. 100 b. S. der reinen Friedensmiete.
Im übrigen behält die Verordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 25. Juni 1924 (Gesetzammlung 540) Gültigkeit.
Nebra, den 2. Juni 1926.
Der Magistrat. J. B. Senfel.

Donnerstag, den 8. Juli 1926, nachmitt. 5 Uhr, sollen im „Weihen Hof“ die

Diakonatsländereien
auf dem Kriedsdorfer und hinter den Weihenbergen sowie die **Kirchensplantage in der Dissa**, die zum 1. 10. wieder pachtfrei werden, auf 6 Jahre öffentlich meistbietend verpachtet werden. Die Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.
Nebra, den 2. Juli 1926. Der Gemeindevorstand.

Die Grasnußung

in dem **Vitznaburger Steinbruch** in Klein-Wangener Fähr soll freihändig verpachtet werden.
Bedingungen sind einzusehen und Gebote abzugeben im **Graf von der Schulenburg-Heßler'schen Rentamt** in Vitznaburg.

Schützengilde Nebra a. U.

In unserm am 4. und 5. Juli d. J. stattfindenden **Mannschießen** laden wir Freunde und Gönner herzlichst ein.
Das Direktorium.
Programm:
Sonntag, den 4. Juli:
2 Uhr nachmittags: Umgang. Anschließend Konzert und Beginn des Schießens.
8 Uhr abends: Ball.
Montag, den 5. Juli:
8 Uhr morgens: Beginn des Schießens.
11 Uhr morgens: Feuertafel.
8 Uhr nachmittags: Konzert.
8 Uhr abends: Ball.
Meinlaltberchießen.

Barangeige.
Beachten Sie bitte die nächste Sonnabendnummer
Sonder-Angebot
der Firma
Friedrich Arny, Nebra

Volksmissionsfest in Nebra
am Sonntag, den 4. Juli 1926.
Vormittags 10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche.
(Predigt: Herr Missionar Kraft-Jena.)
Nachmittags 3 Uhr im Garten oder Saal des Rathstellers: **Volksmission.**
Thema: Gibt es einen Zufall oder ist im Menschenleben alles göttlich geordnet?
Redner: P. Hone-Nebra, Missionar Kraft-Jena, P. Heymann-Neubrandenburg.
Abends 8 Uhr im Garten oder Saal des Rathstellers: **Lieberabend**
veranstaltet vom gemischten Chor der Christlichen Gemeindefest innerhalb der Landeskirche zu Neumburg a. S.
Jedermann ist herzlich eingeladen.

Stadt-Sichtspiele Preuß. Hof
Sonntag, den 4. Juli, abends 8^{1/2} Uhr:
Das Traumboot.
Evangelisches Drama aus den Tropen.
Als Bei-programm:
Drei Glückspilze.
Es laden freundlichst ein Die Besizer.

Betonkies, Bettungskies
Mauerland, scharfkörnig, masch. gesiebt
Buckland, " " "
Pflasterland, " " "
Liefert überdies preiswert frei Waggon Drieslau b. Halle
Friedrich Reckmann, Halle a. S.

Die **Kohleber Dampf-Waschanstalt und Feinplätterei**
empfiehlt sich den geehrten Herrschaften von Nebra und Umgegend zum Waschen und Plätten sämtl. Wäsche.
Annahmestelle in Nebra:
H. Kunze, Zigarrengeschäft

Reparaturen
an Dreifach-Walchinen, Strohpresen, Windern sowie an allen anderen Walchinen werden durch ersten Fachmann schnell und billig ausgeführt.
Maschinenhandlung und Reparaturwerkstatt
Georg Rammelt, Nebra.
Fernsprecher Nr. 68.

Ausführung **elektrischer Licht- und Kraft-Anlagen Motoren** zu billigsten Preisen
Einrichtung elektrischer Anlagen für unsere Stromabnehmer auch **mietweise** in 3, 6, 9 oder 12 Monaten Eigentum!
LANDKRAFTWERKE,
Installationsbüro Naumburg, Gr. Marienstr. 39.
Installationsbüro Freyburg (Montage-Insp. L. Stein, Marienstr. 11).

Prima Matjesheringe von 12 Pfg. an.
Neue saure Gurken von 12 Pfg. an
Die Lechten andererlei
Apfelsinen Stück 10 Pfg.
Wieder frisch eingetroffen:
prima Harzerhäse
Stück mit ca. 60—70 Stk. Inhalt nur 1.45 Mt.
Zähringer haubverlesene Sinsen
Wd. 35 Pfg., bei 5 Wd. nur 32 Pfg.
Juch er 32 Pfg.
Böttcher & Co.
Spielfarten
sich vorzüglich
Wdh. Sauer, Kösteben.

Neue Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0,85 Mt.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Hedra: Fran. Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22532

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restammet 15 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Hedra — Bankverein Artern.

Nr. 53

Sonnabend, den 3. Juli 1926.

39. Jahrgang.

Marg will das Sperrgesetz zurückziehen.

Der Reichstag trat in die erste Beratung der Vorlage ein, durch die das Sperrgesetz für die Ausländerberufungsstellen mit den Hirtenbesitzern bis zum 31. Dezember 1926 verlängert werden soll.

Reichsanwalt Dr. Marg

erklärte, daß aus der Einbringung dieses Gesetzes keine Schlüsse dahin gezogen werden dürfen, als sei in der Aufhebung der Reichsregierung über die Absonderung der Ausländerberufungsstellen eine Wendung eingetreten. Die Reichsregierung sei vielmehr nach wie vor entschlossen, diese Frage nach dem Ende der Reichsregierung zu bringen. Ein Gesetz, das die Ausländerberufungsstellen aus der Reichsregierung mit der erforderlichen Mehrheit der von der Regierung vorgelegten Lösung des Problems zu lösen, auch wenn dieser Erwartung entsprechen würde, sei die Voraussetzung des Erfolges aus rechtlichen Gründen notwendig. Sollte sich die Erwartung der Regierung nicht erfüllen, so lege sie auf die Verlängerung des Sperrgesetzes keine Wert. (Gut, hört.)

Ohne Ausnahme wurde die Vorlage in erster und zweiter Beratung angenommen, der sofortigen Vornahme der beiden Beschlüsse, wobei Dr. Marg als Abgeordneter.
Der Haushaltsausschuß stellte zu der Frage der Bewilligung von Wiedereinbauarbeiten folgenden Antrag: Die Regierung wolle Mittel beschaffen, um den Wiedereinbau, die eines einflussreichen Wiedereinbauarbeiten mit einem Grundbetrage von mehr als 200.000 Mark erlitten haben und außerdem über den Rahmen der Mittel für Wiedereinbauarbeiten hinaus zu gehen zum Zweck des Wiedereinbaus zu nähern, sofern dieser bei den deutschen Angehörigen und ein besonderes volkswirtschaftliches Interesse an ihm besteht.

Marg' Drohungen.

Die Erklärungen des Reichsanwaltes über die etwaige Zurückziehung des Sperrgesetzes beim Scheitern des Hirtenbesitzers hat in Reichstagskreisen große Eindrücke gemacht. In parlamentarischen Kreisen erntete man daraus, daß die Regierung entschlossen ist, jedes Mittel und jeden ihr möglichen parlamentarischen Druck auszunutzen, um das Sperrgesetz zur Annahme zu bringen.

Aber das sogenannte „Sperrgesetz“ ist noch zu sagen: Der Reichstag hat im Februar dieses Jahres ein Gesetz beschlossen, wonach die Reichsministerien über die Ausländerberufungsstellen mit den ehemals regierenden Hirtenbesitzern auszuweisen sind, und zwar bis zum 30. Juni 1926. Dieser Termin ist abgelaufen und die Regierung beantragt, mit Zustimmung des Reichstages, die bereits einer Woche erfolgt ist, die Verlängerung der Ausweisung der Reichsministerien bis zum 31. Dezember 1926. Die Vertreter der Regierungsparteien haben beschlossen, die dritte Lesung des Sperrgesetzes erst nach der Verabschiedung des eigentlichen Hirtenbesitzergesetzes vorzunehmen zu lassen. Man will erst den Ausgang der Abstimmung über das Hirtenbesitzergesetz abwarten, ehe man den Termin des sogenannten Sperrgesetzes verlängert. Würde das Hirtenbesitzergesetz scheitern, so könnten die Hirten ihre Auseinandersetzungen mit den Ländern wieder auf dem ordentlichen Rechtsweg weiterführen. Dieser Rechtszustand dürfte vor allem den Sozialdemokraten unangenehm sein und so dürfte die Erörterung des Reichsanwaltes vor allem den Sozialdemokraten gelten, die hierdurch gezwungen werden sollen, ihren Widerstand gegen das Hirtenbesitzergesetz aufzugeben und so dem Gesetz zur Verabschiedung zu verhelfen. Die deutsche Reichsregierung hält nach wie vor an ihrer schon abgelehnten Haltung zum Hirtenbesitzergesetz fest.

Abbau der Befähigung.

Verhandlungen in Paris.
Von offizieller deutscher Seite ist in den letzten Tagen in der Frage der Verminderung der Befähigungsstrappen eine neue Demarche im Pariser Auswärtigen Amt unternommen worden. Im Zusammenhang damit fand auch ein Besuch des deutschen Botschafters von Paris bei Briand, der sich neben dem offiziellen Antrittsbesuch bei dem neuen Ministerium auch mit diesen Fragen beschäftigte. Wie in Pariser politischen Kreisen verlautet, ist von der deutschen Regierung auf den Zusammenhang zwischen der Frage der Befähigungsstrappen und den Handelsvertragsverhandlungen, insbesondere auf das von der französischen Regierung gewünschte provisorische Abkommen hingewiesen worden.

Getreide- und Fleischverforgung.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:
Der deutsche Landwirt sieht jetzt vor der bangen Frage, was im Herbst dieses Jahres eigentlich werden soll. Landwirtschaftlich landwirtschaftler Art haben einen guten Teil der Hoffnungen zerstreut, die er auf die Früchte seines Schweißes setzte. Nicht bloß dort, wo das Schicksal sich über die Felder ergab, sind diese Hoffnungen verflüchtigt, sondern auch fast in ganz Deutschland hat der un-

terbrochen herabgedrückten Regen den Ertrag der Ernte zu einem sehr kärglichen gemacht. Aber auch die Hoffnungen, die der deutsche Landwirt auf eine Milderung der Kreditnot setzte — deutlich genug war auf diese fremden Frage im Besonderen der Reichsbankpräsidenten hingewiesen worden, als der Deutsche Landwirtschaftsverband in Darmstadt tagte —, haben sich nicht erfüllt. Die Rentabilität des landwirtschaftlichen Betriebes wird und kann sich nicht so heilen, daß die kreditpolitischen Bedingungen in Frage kommenden Kreditinstitute erfüllt werden können.

Dazu kommt nun ein Drittes: Am 1. August dieses Jahres, also zu einem Zeitpunkt, da die deutsche Ernte weißer zu werden beginnt, sollte die Erhöhung der Zinsen auf 6 Prozent für den 1. September eintreten. Die Landwirtschaft war sich aber immer dessen bewußt, daß es sich hier um autonome Zinsen handelte, daß das Sperrgesetz der Regierung die Möglichkeit gab, diese Zinsen hoch heraufzusetzen. Das ist jetzt durch eine besondere Abstimmung zwischen den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie unterbrochen worden. Die Gelegenheit dazu ergab die Notwendigkeit, sich bei der Beratung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages über diese ganze Angelegenheit klar zu werden, weil natürlich doch auch die Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Ländern wesentlich beeinflusst werden müßten durch die Art, wie wir Schweden gegenüber die Frage der Getreideimportzölle behandeln. Bisher haben wir allerdings noch mit keinem Lande einen Handelsvertrag abgeschlossen, das hinsichtlich der Getreideimportzölle für uns von Bedeutung ist, sondern das auch Schweden gegenüber in Verhandlungen mit Rumänien und Polen eintreten. Dann wäre damit zu rechnen, daß wir diesen Ländern kaum einen höheren Zinsfuß auf ihr Exportgetreide zuzumuten können, als wir das an anderer Stelle, also hier Schweden gegenüber, tun.

Es ist nun vereinbart worden, daß als autonomer Zoll auf Roggen 5 Mark und auf Weizen 5,50 Mark festgesetzt werden soll. Doch mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß es sich hierbei keineswegs um einen Mindestzoll handelt, sondern daß auch Schweden gegenüber den Grundsatze der Weizenzollsetzung zufolge eine Erhöhung dieses Zollfußes eintreten würde, wenn wir den Getreideproduzenten Ländern gegenüber uns auf eine solche Verabreichung einigen würden.

Außerdem soll nun eine Differenzierung des Zolles auf Weizen und Futtergerste erfolgen, in dem jeder der Satz von fünf Mark für Futtergerste bestehen bleibt, aber der für Futtergerste auf 2 Mark herabgesetzt wird. Jedoch soll auch der Zollfuß für Futtergerste keineswegs einen Mindestzoll darstellen, sondern gleichfalls bei den Handelsvertragsverhandlungen herabgesetzt werden können. Außerdem sind die Zollfüße für Mais auf 3,20 Mark ermäßigt worden, die für Schweinefleisch bleiben auf 21 Mark und unverändert werden die Zölle für Speck und Schmalz, für Mehl und Margarineerzeugnisse beibehalten werden.

Wenn auch die Herabsetzung des Zolles für Futtergerste die Willigung des landwirtschaftlichen Teiles der deutschen Landwirtschaft finden würde, so haben doch diese Beschlüsse der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten den Wert unserer autonomen Handelszölle als Austauschobjekt bei den Handelsvertragsverhandlungen wohl etwas herabgesetzt, weil die in Frage kommenden Länder von vornherein wissen, daß wir mit uns reden lassen werden. Vor allem aber wird der Streit um die Frage aufgerollt werden, ob wir überhaupt genügenden Zollfuß für die Agrarprodukte haben, wenn die Zollfüße durch die Regierung herabgesetzt werden können. Der Preis für das Getreide hat jetzt, also unmittelbar vor der neuen Ernte, gerade die Friedenshöhe erreicht, entspricht also nicht den gesteigerten Produktionskosten. Das gleiche gilt für die Milchpreise. Es ist nämlich vereinbart worden, daß das zollfreie Getreidekontingent erweitert werden soll, und zwar von 80 auf 120.000 Tonnen pro Jahr. Das wird in der Landwirtschaft auf Widerstand stoßen. Es liegt ein innerer Widerspruch darin, auf der einen Seite erhöht man das Kontingent für die Getreideimportzölle und auf der anderen Seite will man durch Ermäßigung des Zollfußes auf Futtergerste die Interessen gerade der kleineren und mittleren Landwirte dienen. Daher wird diese Vereinbarung keineswegs ungetriebenen Beifall in den Kreisen der Landwirtschaft finden.

Die Verschönerung in Spanien.

Das Komplot gegen das spanische Königspar.
Pariser Zeitungsmitteilungen zufolge läßt das Direktorat weiter Entschlüsse und Verfügungen vornehmen. Mehr als 400 Militärsoldaten befinden sich in Haft, darunter auch mehrere Generale. Da das Direktorat von der Armee im Stich gelassen worden ist, läßt es sich nunmehr auf die Volksgewalt und stellt auf gut Willkür Verfügungen an. Die letzten Ergebnisse dieser in Spanien ein für allemal eingeleiteten Maßnahmen sind Spanien kommende Reisende verhängt, daß das Land am Vorabend tieferer Berührung zu Stande gekommen ist. Die Zensur lasse unparteiische Berichte über die Ereignisse nicht zu.
Neben nicht Entschlüssen über die Verschönerung des Komplotts, das gegen das spanische Königspar gerichtete gewesen sein soll und das die Pariser Polizei am vorigen Freitag, also einen Tag vor der Ankunft des Königs-

paars, habe aufheben können. Aus der eingehenden Schilderung des Matros erahnt sich, daß fünf Personen Anfang Mai in Cherbourg mit einem aus Argentinien kommenden Dampfer eingetroffen seien. Der Polizei war bekannt, daß sie getrennt der Reise des spanischen Königspaars einen Anstoß verfahren würden. Die Polizei verbot am vergangenen Freitag zwei von ihnen, wobei sich herausstellte, daß es sich um zwei bekannte Anarchisten handelte. Beide sollen in Spanien und in der Schweiz in die Hände der Polizei gekommen sein. Bei dem politischen Verbot hätten sie eingeklinkt, daß sie nach Paris gekommen seien, um König Alfonso zu töten. Den übrigen drei Verhafteten sei es gelungen, zu fliehen. Dem König von Spanien sei bis zu seiner Abreise die Angelegenheit verheimlicht worden.

Englands Luftmarschall in Berlin.

In Berlin traf der englische Direktor der Zivilflugschiffahrt, Sir Leslie Brantley, ein, der unter dem Titel Luftmarschall Titatic des britischen Luftministeriums ist. Er kam aus Kopenhagen bzw. Kopenhagen aus einem deutschen Flugzeug und wurde von höheren Beamten des Reichsministeriums empfangen und begrüßt.

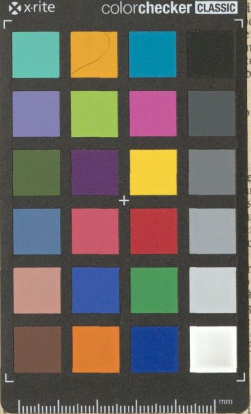


Sir Leslie Brantley, der sich auf einer Urlaubsreise befindet, nahm zwar Gelegenheit, in Berlin Informationen über den kommenden deutsch-englischen Luftverkehrsvertrag zu sammeln, dagegen führte er selbstverständlich keine offiziellen Verhandlungen. Der Berliner Führer für die Reise, ebenfalls im Flugzeug, nach Jansbrunn weiter.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Reichspräsident an die Königin der Niederlande.
Anlässlich des Besuchs des holländischen Gesandten in Kiel hat der Reichspräsident an die Königin der Niederlande folgendes Telegramm gerichtet: „Der Besuch des niederländischen Gesandten in Kiel wurde in ganz Deutschland aufs freudigste begrüßt. Ein Mitglied gestalte ich mir zugleich mit dem Ausdruck meines Dankes für die Entsendung der prächtigen Schiffe meine Glückwünsche zu dem vorjährigen Eintritte, den das Gesandtenpaar und seine Befolge gemacht haben, zu übermitteln.“

Die deutschen Agraristen zum Reichsessen.
Der Bundesrat deutscher Agraristen in Düsseldorf, der von 400 Agraristen aus allen Teilen des Reiches be-



Der Bundesrat deutscher Agraristen in Düsseldorf, der von 400 Agraristen aus allen Teilen des Reiches be-